

21.12.2015 | Erfolg COP21 – jetzt kommt es auf die Umsetzung an

Am 11. Dezember 2015 wurde die Klimakonferenz in Paris erfolgreich beendet. Auf der Suche nach einer neuen internationalen Klimaschutz-Vereinbarung in Nachfolge des Kyoto-Protokolls haben sich erstmalig 196 Staaten auf ein Klimaabkommen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf deutlich unter 2°C geeinigt. Das Abkommen tritt 2020 in Kraft, wenn mind. 55 Staaten (mit Verantwortung für mind. 55 % der globalen CO₂-Emissionen) das Abkommen ratifizieren.

Noch besteht eine erhebliche Lücke zwischen den vorgelegten nationalen Klimaschutzbeiträgen (NDCs) und der globalen Zielsetzung. Aus diesem Grund werden die nationalen Klimaschutzbeiträge im Fünf-Jahreszyklus überprüft. Sie sollten gleichzeitig von den wichtigsten internationalen Organisationen und den nationalen Regierungen in konkrete Politikziele und -maßnahmen ausformuliert werden.

Im Vorfeld wurde diskutiert, ob die Einführung einer globalen CO₂-Steuer eher zu einem Konsens führen könnte, da es deutlich einfacher ist über einen Preis als über viele Mengen zu verhandeln. Administrativ könnte eine CO₂-Steuer leichter gesteuert werden und wäre transparenter als die aus einem Emissionshandelssystem resultierenden Preise, so die Befürworter.

In Paris ist man einen anderen Weg gegangen. Die Staaten haben ihre Emissionsminderungsoptionen im Vorfeld freiwillig eingebracht. Der Ansatz hat sich verhandlungstechnisch als sehr geschickt erwiesen: Der Abbau von Informationsasymmetrien, insbesondere die Kommunikation zwischen den Staaten über die vorgelegten nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs) hat zu einer konstruktiven Lösung beigetragen.

Man war gewarnt, dass die ökonomische Ungleichheit zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern Verhandlungen öffentlicher Güter (Emissionsreduktionen) erschwert. Die Herausforderung der Lastenteilung war in der Vergangenheit gut zu beobachten. Zwar wird es im neuen Abkommen keine strikte Aufteilung der Verantwortlichkeiten nach Industrie- und Entwicklungsländern geben. Dahingegen hat aber die zugesicherte Fortführung der Klimafinanzierung der Industrieländer an die Entwicklungsländer entscheidend zu der Lösung beigetragen. Die Industrieländer haben den Entwicklungsländern eine Fortführung der Klimafinanzierung in Höhe von 100 Mrd. USD jährlich ab 2020 zugesichert, die mittelfristig noch ansteigen soll.

Dennoch sind die Ergebnisse der Verhandlungen zunächst nur ein Teilerfolg, denn nach der Festsetzung gemeinsamer Ziele muss es nun an die Umsetzung gehen und es müssen tatsächlich ambitionierte nationale Beiträge geleistet werden. Dabei zeigen sich erste positive Trends: Laut einschlägiger Prognosen weisen erneuerbare Energien in den nächsten Dekaden global das stärkste Wachstum auf, insbesondere in der Stromerzeugung. So wird im New Policies Scenario des World Energy Outlooks davon ausgegangen, dass die Kosten Erneuerbarer Energien weiter signifikant sinken werden und ihr Anteil am Primärenergieverbrauch von 14 % in 2014 auf 19 % in 2040 steigen wird. Darüber hinaus tragen die Klimafinanzierung und die Transfers von Industrie- in Entwicklungsländer zum Wachstum klimafreundlicher Technologien, aber auch zur Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern bei.

Allerdings sind noch einige entscheidende Schritte notwendig, um die Klimaziele zu erreichen: Viel zu tun ist insbesondere im Bereich Energieeffizienz, denn auch bei sukzessiver Substitution fossiler Brennstoffe wirken globales Wirtschaftswachstum und damit einhergehende zusätzliche Emissionen den Emissionsreduktionszielen entgegen. Zusätzlich sind Treibhausgasenken – dies sind insbesondere Waldaufforstungen, können aber auch CCS-Anlagen sein – unabkömmlich, um die Ziele zu erreichen. Großer Ausbaubedarf und fokussierte Forschungsinvestitionen für den notwendigen technologischen Fortschritt sind hierfür notwendig und finden in dem neuen Abkommen eine sehr gute Planungsbasis.